



Pressemitteilung Nr. 57/2017

16.06.2017

Bildung steht ganz oben

Eine repräsentative Meinungsumfrage der Arbeitsgruppe Policy-Analyse und politische Theorie in acht westeuropäischen Ländern liefert neue detaillierte Informationen zum Wunsch der Menschen nach mehr Investition in Bildung

Untersuchungen haben ergeben, dass eine große Mehrheit der westeuropäischen Bevölkerung mehr Investitionen in Bildung befürwortet. Die Arbeitsgruppe des Konstanzer Politologen Prof. Dr. Marius Busemeyer hat im Rahmen einer Förderung durch einen „Starting Grant“ des Europäischen Forschungsrates (ERC) in acht westeuropäischen Ländern eine repräsentative Umfrage durchgeführt, die diese allgemeine Aussage bestätigt und weiter differenziert. Danach stehen die allgemeine Schulbildung und die Berufsbildung ganz oben auf der Prioritätenliste: Fast 80 Prozent der Befragten unterstützen mehr oder sogar viel mehr öffentliche Ausgaben für Bildung, während lediglich 20 Prozent sich für höhere Verteidigungsausgaben aussprechen. In einigen Ländern und für einige Bildungsbereiche zeigen sich über 50 Prozent der Befragten bereit, höhere Steuern zur Finanzierung von Bildung in Kauf zu nehmen. Die Ergebnisse sind im Einzelnen in den aktuellen Ausgaben der wissenschaftlichen Zeitschriften *Journal of European Social Policy* und *Journal of European Public Policy* nachzulesen.

Die Studie wurden im Rahmen des vom ERC geförderten Projektes „Investing in Education in Europe: Attitudes, Politics and Policies“ (INVEDUC) durchgeführt. Sie erschließt Forschungsneuland, da sie die erste international vergleichende Meinungsumfrage zu detaillierten Fragen der Bildungspolitik ist. Sie ermöglicht Analysen zur Variation der öffentlichen Unterstützung für Bildungsausgaben in verschiedenen Sektoren des Bildungssystems, zur bildungspolitischen Steuerung („Governance“) und zu Finanzierungskonkurrenzen zwischen Bildungs- und anderen Sozialpolitiken.

Die Telefonbefragungen fanden in acht Ländern statt, die unterschiedlichen Typen von Wohlfahrtsstaaten angehören: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Schweden, Dänemark, Spanien und Italien. Um eine optimale Datenqualität zu erhalten, arbeitete das Konstanzer Team mit einem auf internationale Surveys spezialisierten Institut zusammen. Innovativ ist auch das Design der Erhebung, die experimentelle Komponenten einschließt. „Im Gegensatz zu bisherigen Erhebungen haben wir geprüft, ob sich die öffentliche Unterstützung für Bildungsausgaben ändert, wenn die Befragten auf verschiedene Arten von Finanzierungskonflikten aufmerksam gemacht werden“, so Marius Busemeyer.

Aber selbst wenn die Teilnehmenden in der Umfrage gezwungen waren, mehrere Bereiche des Wohlfahrtsstaates – neben der Bildung etwa die Sozialpolitik, Familienpolitik und Arbeitsmarktpolitik – zu bewerten, schnitt Bildung mit 29 Prozent am besten ab – dicht gefolgt von der Gesundheitspolitik (22 Prozent). Die Politikbereiche Alterssicherung und Familie belegten Plätze dahinter. In Ländern wie Deutschland und Italien, in denen die Ausgaben im Bildungsbereich unterdurchschnittlich ausfallen, sprach sich eine große Mehrheit für eine bessere Finanzierung aus.

Bei den Angaben, in welche der einzelnen Bildungsbereiche – frühkindliche Erziehung, allgemeinbildende Schule, Berufsausbildung und Hochschule – zuvörderst investiert werden sollte, landen die allgemeine Schulbildung und die Berufsausbildung ganz oben. Über alle Länder hinweg unterstützen 62 Prozent der Befragten mehr (oder sogar viel mehr) öffentliche Ausgaben in den beiden letztgenannten Bereichen. Das ist insofern überraschend, als normalerweise in der öffentlichen Debatte die frühkindliche Erziehung und die Hochschulbildung dominieren, die jedoch im direkten Vergleich zur allgemeinen Schulbildung und zur Berufsbildung weniger öffentliche Unterstützen erhalten.

In fast allen untersuchten Ländern ist die Unterstützung für die Berufsausbildung größer als für die Hochschulbildung. Bezeichnenderweise ist sie am nachdrücklichsten in Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit wie in Italien und Spanien. Nur in Deutschland, in dem es in diesem Bereich vergleichsweise wenig Nachholbedarf gibt, wird der Ausbau der frühkindlichen Erziehung als dringlicher eingeschätzt.

Schließlich stellt sich in Zeiten knapper Staatshaushalte die Frage, woher die finanziellen Mittel für die geforderten Investitionen in die Bildung kommen sollen. Zur Beantwortung dieser Frage setzte das Konstanzer Team experimentelle Umfragemethoden ein, die die Befragten mit unterschiedlichen Entscheidungsszenarien konfrontierten. Wenn sich die Menschen keine Gedanken über die Finanzierung von höheren Bildungsausgaben machen mussten, sprachen sich mehr als 73 Prozent für mehr Investitionen in Bildung aus. Wenn sie daran erinnert wurden, dass dies höhere Steuern oder höhere Staatsschulden erfordern würde, fiel die Unterstützung der Bildungsausgaben auf 54 Prozent beziehungsweise 42 Prozent.

Dies zeigt, dass die Befragten sogar eher bereit wären, höhere Steuern statt neuer Staatsschulen zu akzeptieren. Dieser Effekt ist noch stärker, wenn zusätzliche Ausgaben für Bildung mit Kürzungen in anderen Bereichen des Wohlfahrtsstaates finanziert werden müssten. Sollen für die Bildungsinvestitionen zum Beispiel die Renten gekürzt werden, sackt die Befürwortung vermehrter Bildungsinvestitionen auf 27 Prozent ab. An diesen Ergebnissen zeigt sich, dass die Umsetzung der beliebten Forderung nach höheren Bildungsausgaben politisch schwierig ist, denn Politiker sehen sich häufig gezwungen, zusätzliche Bildungsinvestitionen durch Kürzungen oder höhere Steuern gegenzufinanzieren.

Kürzungen in anderen Bereichen des Sozialstaates sind dabei deutlich weniger populär als Steuererhöhungen oder eine Erhöhung der Staatsschulden. Eine Mehrheit der Menschen über die Länder hinweg würde erhöhte Steuern in Kauf nehmen, um den Bildungsetat zu erhöhen. Auch hier finden sich die allgemeine Schulbildung (57 Prozent der Befragten wären bereit, zu diesem Zweck höhere Steuern zu zahlen) und die Berufsausbildung (54 Prozent) prominent wieder. In Schweden ist die Diskrepanz zwischen dem Ruf nach mehr Investitionen und der Bereitschaft, dafür höhere Steuern zu bezahlen, am geringsten. In Deutschland ist die Diskrepanz deutlich größer: 60 Prozent befürworten höhere Ausgaben im Bildungsbereich über die verschiedenen Sektoren hinweg, aber nur 44 Prozent würden dafür eine Steuererhöhung akzeptieren.

Originalveröffentlichungen:

Marius R. Busemeyer and Julian L. Garritzmann (2017) Public opinion on policy and budgetary trade-offs in European welfare states: evidence from a new comparative survey, *Journal of European Public Policy*, 24:6, 871-889,

DOI: 10.1080/13501763.2017.1298658

<http://dx.doi.org/10.1080/13501763.2017.1298658>

Marius R. Busemeyer, Julian L. Garritzmann and Erik Neimanns (2017) Investing in education in Europe: Evidence from a new survey of public opinion, *Journal of European Social Policy*, 1–21

DOI: 10.1177/0958928717700562

<http://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/0958928717700562>

Faktenübersicht:

- Das INVEDUC-Projekt wird von 2013 bis 2018 unterstützt durch einen ERC Starting Grant des Europäischen Forschungsrates in Höhe von 1,5 Millionen Euro.
- Die Umfrage fand von April bis Mai 2014 statt.
- Es wurden knapp 9.000 Personen befragt.
- In jedem der acht Länder wurden je nach Größe des Landes zwischen 1.000 und 1.500 Personen befragt.

Hinweis an die Redaktionen:

Ein Foto kann im Folgenden heruntergeladen werden:

https://cms.uni-konstanz.de/fileadmin/pi/filesserver/2017/0_51_Busemeyer.jpg

Bildunterschrift: Prof. Dr. Marius Busemeyer

Foto: Universität Konstanz

Kontakt:

Universität Konstanz

Kommunikation und Marketing

Telefon: + 49 7531 88-3603

E-Mail: kum@uni-konstanz.de

- uni.kn